



Viel diskutiert wurde in den letzten drei Jahren, ob die NATO künftig auf die Stationierung substrategischer (taktischer) US-Atomwaffen in Europa verzichten sollte oder nicht. Der Bundestag hat sich eindeutig positioniert und alle Fraktionen haben die Bundesregierung aufgefordert, sich mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen. Im neuen Strategischen Konzept der NATO wird die Frage der Stationierung von taktischen Atomwaffen in Europa nicht behandelt. Darüber soll nun in einem neuen NATO-Ausschuss weiter diskutiert werden.

Seit 2007 fordert die IPPNW, zusammen mit den anderen Trägerorganisationen der Kampagne „unsere zukunft – atomwaffenfrei“, den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland. Das Bündnis war erfolgreich, das Thema auf die politische Tagesordnung zu setzen und einen entsprechenden politischen Beschluss zu erzielen. Doch ein Abzug dieser alten Atombomben konnte bisher nicht durchgesetzt werden. Ganz im Gegenteil – die USA planen eine Modernisierung der B-61-Bomben.

Da die deutschen Tornado-Trägerflugzeuge für die Atombomben zu alt sind, müssen sie ausgemustert oder noch einmal teuer modernisiert werden. Alternativ könnte auch ein neues Trägerflugzeug in den USA gekauft werden. Der Eurofighter, der die Tornados in Büchel ablösen soll, kann nämlich keine Atomwaffen tragen. Es stellt sich daher die Frage: Wenn sich Deutschland weiterhin an der nuklearen Teilhabe der NATO beteiligen soll, müsste dann nicht auch ein neuer Beschluss mit entsprechender Finanzierung gefasst werden? Das würde dann bedeuten: Der Be-



schluss des Bundestags über den Abzug wäre Makulatur. Wird nun nachgerüstet oder abgerüstet?

Die IPPNW fordert als ersten Schritt zu einer atomwaffenfreien Welt den Abzug der US-Atomwaffen und die Beendigung der nuklearen Teilhabe Deutschlands.

Wir interessieren uns für die Gründe, die diesen Forderungen entgegenstehen. Welche Argumente werden für die Beibehaltung von US-Atomwaffen in Europa angeführt? Wer ist noch Feind? Welche

Staaten haben welche Ängste? Können uns Atomwaffen vor den heutigen Bedrohungen überhaupt noch schützen?

Wir haben uns mit den Argumenten auseinander gesetzt und unsere Schlussfolgerung lautet: Der nukleare „Schirm“ bietet keinen Schutz. Er ist ein Überbleibsel aus der Ära des Kalten Krieges. Wir meinen: Die Atomwaffen müssen außer Dienst gestellt werden. Wir wollen ein neues Zeitalter einläuten mit einem Vertrag zur Abschaffung aller Atomwaffen – einer Nuklearwaffenkonvention.

Der nukleare „Schirm“ bietet keinen Schutz

Die Befürworter der Beibehaltung von taktischen Nuklearwaffen bzw. der nuklearen Teilhabe in der NATO begründen ihre Position in Debatten und Gesprächen mit unterschiedlichen Argumenten. Diese Argumente haben wir in einer Studie analysieren lassen. Manche sind veraltet, weil sie noch aus Zeiten des Kalten Krieges stammen, andere basieren auf neuen Ängsten.

Wenn wir auf die Stationierung von US-Atomwaffen in Deutschland verzichten, stellen wir die nukleare Abschreckung in Frage.

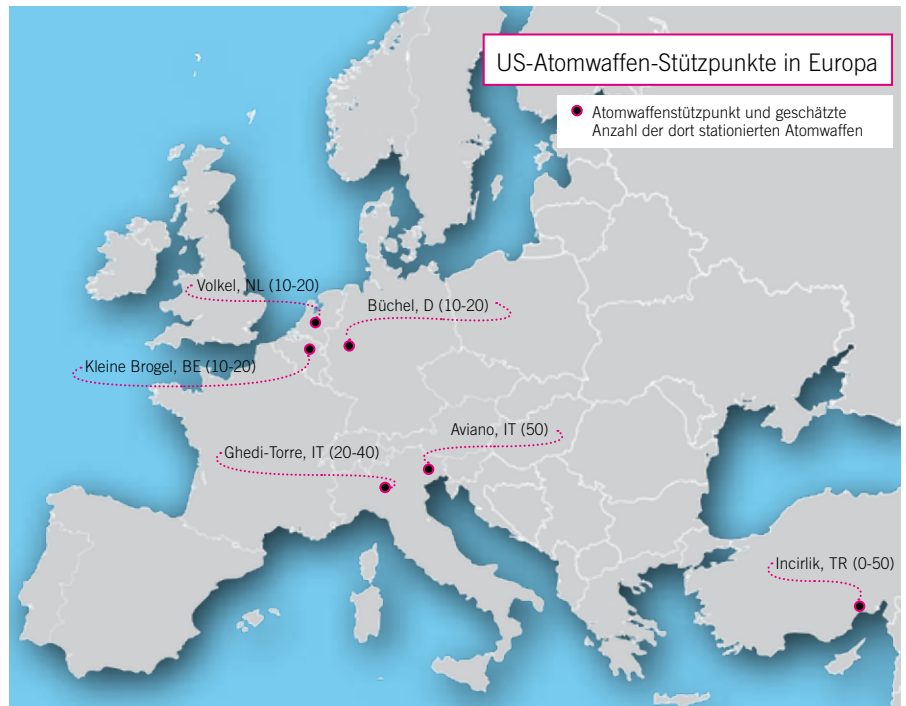
Richtig! Aus Sicht der IPPNW sollte man die nukleare Abschreckung auch in Frage stellen, denn als Grundlage für eine nachhaltige und menschliche Sicherheit ist sie nicht geeignet. Deshalb sollte Deutschland auf den nuklearen „Schirm“ verzichten. Dennoch: Mit dem Verzicht auf die letzten alten Atombomben haben wir die nukleare Abschreckung noch längst nicht überwunden. Dafür müssten alle Atomwaffen beseitigt werden.

Selbst wenn man die Abschreckung nicht in Frage stellen wollte, müsste man feststellen: Die in Deutschland stationierten Atomwaffen und ihre veralteten Trägersysteme sind militärisch nutzlos, weil sie eine zu kleine Reichweite haben. Die Abschreckung der NATO beruht nicht auf diesen Waffen, sondern auf atomaren Langstreckenraketen, die auf U-Booten stationiert sind.

Wir brauchen die Atomwaffen als sichtbaren Ausdruck der Sicherheitsgarantie der USA.

Hier stellt sich die Frage: Vor welchem Feind soll uns die USA schützen? Wenn Russland – zwanzig Jahre nach Ende des Kalten Krieges – noch der Gegner wäre, wären Interkontinentalraketen zur strategischen Abschreckung eher Ausdruck einer solchen Sicherheitsgarantie. Damit würden die USA zeigen, dass sie bereit sind, ihr eigenes Land in die Schusslinie zu stellen, statt Europa als nukleares Schlachtfeld zu opfern. Doch solche Gedanken gehören der Zeit des Kalten Krieges an.

Apropos Sicherheit: Allein die Existenz von taktischen Atomwaffen ermöglicht die



Vorstellung eines regional begrenzbaren Atomkrieges und senkt damit sogar die Hemmschwelle für deren Einsatz. Wenn es also um Sicherheit geht, sollten sie so bald wie möglich eliminiert werden.

Wir brauchen die Abschreckung gegenüber Russland seit dem Georgien-Konflikt wieder.

Die Befürchtung, dass Russland eine aggressive Außenpolitik gegenüber seinen Nachbarländern vertreten könnte, sollte uns nicht veranlassen, einen neuen „Kalten Krieg“ zu beginnen. Das wäre kontraproduktiv. Es gibt keinen objektiven Hinweis, dass Russland eine Expansionspolitik betreibt oder NATO-Länder bedroht. Im Gegenteil: Russland beklagt, dass die NATO immer größer wird, versprochene Verträge über konventionelle Abrüstung blockiert und mit Raketenabwehrplänen Russlands Abschreckungsfähigkeit gefährdet. Wir müssen die Sicherheitsbedürfnisse der osteuropäischen Staaten ernst nehmen, dürfen jedoch deren Ängste auch nicht schüren. Misstrauen muss auf beiden Seiten abgebaut werden. Dazu gehört der Abzug der taktischen Atomwaffen aus Europa.

Wenn Deutschland die Atomwaffen aufgibt, könnte Polen sie stationieren lassen.

Die Angst Russlands vor der Expansion der NATO in den 90er Jahren führte damals zu einer verbindlichen Zusage der

NATO: Es gebe keine Absicht, keine Pläne und keinen Anlass, Atomwaffen (oder Atomwaffenlager) im Hoheitsgebiet neuer Mitglieder zu stationieren. Darüber hinaus sollten weder Piloten für den Atomwaffeneinsatz ausgebildet werden, noch atomwaffenfähige Kampfflugzeuge beschafft werden. Das Argument greift also nicht.

Russland hat doch viel mehr taktische Atomwaffen als die NATO.

Dieses – gerne verwendete – „Totschlag-Argument“ fußt auf Spekulationen über die tatsächliche Zahl und den Zustand des russischen taktischen Arsenal. Vermutet wird oft, dass Russland noch viele Tausend Gefechtsfeldwaffen besitzt. Realistisch ist dagegen, dass die meisten dieser Waffen nicht mehr einsetzbar sind. Russland verfügt über ca. 650 Atombomben für taktische Kampfflugzeuge und strategische Bomber. Das sind 150 Bomben mehr als die USA haben.

Die Geheimhaltung Russlands verhindert die nötige Transparenz. Ursache dafür könnte aber auch sein, dass Russland nicht zugeben will, wie schwach sein Potential inzwischen ist. Die NATO ist Russland heute konventionell weit überlegen und in Russland glauben viele, man könne einen konventionellen Angriff der NATO nur mit taktischen Atomwaffen abschrecken. Ein erster hilfreicher Schritt der Vertrauensbildung wäre es, wenn die NATO ihren Widerstand gegen neue Ver-

träge zur konventionellen Stabilität in Europa beendet und Russland so ermutigt, im Blick auf die Zahl und Lagerorte seiner taktischen Atomwaffen transparenter zu agieren.

Die US-Atomwaffen sollen in den nächsten Abrüstungsgesprächen mit Russland als Verhandlungsmasse genutzt werden.

Dieses Argument ist sehr beliebt, auch in einigen Bundestagsfraktionen. Aber Realität ist, dass die US-Atombomben in Europa keine wirkliche Verhandlungsmasse darstellen, weil sie militärisch keine Bedrohung darstellen. Wenn man Russland dazu bewegen will, seine taktischen Atomwaffen aufzugeben, dann müsste also im konventionellen Bereich abgerüstet und die Raketenabwehrpläne zurück gestellt werden. Dort liegt aus russischer Sicht die größte Bedrohung.

Es ist jedoch so, dass die USA in letzter Zeit bekannt gegeben haben, dass sie die in Europa gelagerten Bomben durch eine modernisierte bzw. neue Version ersetzen und auch eine neue Generation von Trägerflugzeugen bauen wollen. Angesichts dieser Modernisierungspläne könnte dieses „Verhandlungs-Argument“ auch als Ultimatum interpretiert werden: Wenn Russland seine taktischen Atomwaffen nicht aufgibt, werden die USA ihre Waffen modernisieren. Geht es hier eigentlich noch um Abrüstung oder um Nachrüstung?

Wenn es die nukleare Teilhabe in der NATO nicht gäbe, würden manche Mitglieder – wie die Türkei – erwägen, eigene Atomwaffen zu beschaffen.

Dies ist eher eine Behauptung denn ein stichhaltiges Argument. Türkische Regierungsvertreter weisen es weit von sich. Die Türkei zeigt bisher wenig Interesse an der Beibehaltung der US-Atomwaffen. Sie stellte der NATO in den letzten Jahren keine Trägerflugzeuge mehr bereit. Der Wunsch der USA, Kampfflugzeuge dauerhaft nach Incirlik verlegen zu dürfen, wurde abgelehnt. Darüber hinaus fehlen in der Türkei noch die meisten Grundlagen für ein eigenes Atomprogramm. Sie betreibt z.B. bisher kein

einziges Atomkraftwerk. Gerade die Türkei bemüht sich um eine gute Beziehung zu ihrem Nachbarn Iran und vermittelt im Konflikt mit dem Westen.

Ein Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland würde die Bündnissolidarität schwächen.

Immer wieder wird behauptet, Atomwaffen seien der Kitt, der die Allianz zusammen hält. Wenn dieses Argument der Wahrheit entsprechen würde, müsste das Bündnis bereits auseinander gefallen sein. Denn aus Kanada, Griechenland und Großbritannien haben die USA ihre Atomwaffen längst abgezogen und die Zahl der Atomwaffen in Europa wurde von Tausenden auf ein paar Hundert reduziert. Im US-amerikanischen Oberkommando für Europa würde man gerne die Kosten für das Atomwaffen-Personal in Europa einsparen.

Auch das Argument, dass die Nuklearpolitik und die damit verbundenen Gefahren der NATO auf viele Schultern verteilt werden müssen, um Solidarität zu zeigen, greift nicht mehr. Die Lastenteilung war höchstens im Kalten Krieg wichtig, als es um weit mehr Atomwaffen ging und die Gefahr ihres Einsatzes viel akuter war als heutzutage. Solidarität wird heute eher daran gemessen, wie viele Truppen NATO-Staaten in Konfliktregionen entsenden, als daran, wie viele Atomwaffenträger sie besitzen.

Deutschland müsste sein Mitspracherecht bei Atomwaffen aufgeben.

Das Argument stimmt nicht. Zuständig ist die Nukleare Planungsgruppe. In diesem Gremium sind gleichberechtigt alle NATO-Länder vertreten – unabhängig davon, ob sie Trägerflugzeuge für Atomwaffen bereitstellen oder die Lagerung von Atomwaffen bei sich zulassen. Deutschland könnte allenfalls verhindern, dass die Bundeswehr sich an einem NATO-Atomwaffeneinsatz beteiligt, den die Bundesregierung ablehnt. Gegen einen solchen Einsatz kann sie bei den Konsultationen der NATO aber auch ihr Veto einlegen. Wenn es in Deutschland keine Atomwaffen mehr gäbe, wäre ein solcher Einsatz allerdings von vornherein nicht möglich.

Das Argument basiert im Übrigen auf einem kaum belegbaren Gefühl, dass ein Staat mit Atomwaffen ernster genommen wird. Deutsche Politiker haben Angst, dass Deutschland dann an Einfluss verlieren könnte. Doch es ist wichtig, dass der Status „Mitglied im atomaren Klub“ abgeschafft wird. Deutschland sollte diese Größe zeigen. Dann wäre es Vorbild für andere Staaten, die durch den Erwerb von Atomwaffen an Einfluss und Status gewinnen wollen.

••• hier Karte abtrennen •••



ICAN – Die internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen ist eine globale Bürgerinitiative, die sich für nukleare Abrüstung einsetzt. Wir fordern eine Atomwaffenkonvention, einen Vertrag über das Verbot und die Abschaffung dieser Waffen.

www.atomwaffenfrei.de



Die Studie „Die NATO und der nukleare „Schirm“ – Gibt es gute Gründe für Atomwaffen in Deutschland und Europa?“ von Otfried Nassauer erschien im Oktober 2010 in der Reihe IPPNWakzente.

Sie können sie online oder bei der IPPNW Geschäftsstelle zum Preis von 2,50 Euro bestellen.

<http://shop.ippnw.de> oder kontakt@ippnw.de



MACH MIT

Schreiben Sie eine Postkarte an Bundeskanzlerin Merkel, Verteidigungsminister zu Guttenberg oder Außenminister Westerwelle.

Bitte Sie Merkel, zu Guttenberg oder Westerwelle mit Ihren eigenen Worten, etwas Konkretes für die Abrüstung zu tun.

Zum Beispiel: Sich dafür einzusetzen, dass die Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden; die nukleare Teilhabe Deutschlands zu beenden; sich gegen alle Modernisierungspläne für Atomwaffen und ihre Trägermittel auszusprechen; sich mit Nachdruck für den frühestmöglichen Beginn von Verhandlungen über eine Nuklearwaffenkonvention zur Abschaffung der Atomwaffen einzusetzen, wie dies in der UN-Generalversammlung vorgeschlagen wurde.

Oder schreiben Sie an eine Freundin oder Bekannte und bitten Sie sie/ihn bei der Kampagne für die Abschaffung aller Atomwaffen mitzumachen: www.atomwaffenfrei.de

Informieren Sie sich ...

...über die Argumente und Gegenargumente für US-Atomwaffen in Europa: Bestellen Sie das IPPNWakzente „Die NATO und der nukleare „Schirm“ – Gibt es gute Gründe für Atomwaffen in Deutschland und Europa?“ von Otfried Nassauer.

...über ICAN – die Kampagne für die Abschaffung aller Atomwaffen: Bestellen Sie unsere neue Broschüre „Anklageerhebung im Fall Menschheit gegen Atomwaffen“.

...über die Verbindung zwischen dem Ausstieg aus der Atomenergie und der Abrüstung von Atomwaffen: Bestellen Sie unseren Flyer „Atomkraft: Ein Bomben-Deal“ oder die Broschüre „Bombenrisiko Atomkraft“.

<http://shop.ippnw.de> oder kontakt@ippnw.de

••• hier Karte abtrennen •••



**Nach 65 Jahren:
Feierabend für die Bombe!**

IMPRESSUM

Eine Information der IPPNW – Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.
Redaktion: Xanthe Hall, Angelika Wilmen, Anne Tritschler; Bilder: © IPPNW
Layout: Anne Tritschler
IPPNW Geschäftsstelle,
Körtestraße 10, 10967 Berlin
Tel 030 / 69 80 74 0
Fax 030 / 693 81 66
Mail: ippnw@ippnw.de
www.ippnw.de

